

# **Stadt Hamm**

## **„Aufrappeln“**

**Rede zur Einbringung des Haushaltes 2021**

**Hamm, den 14. Januar 2021**

Stadtkämmerer

Markus Kreuz LL.M.(com.)

*Es gilt das gesprochene Wort.*

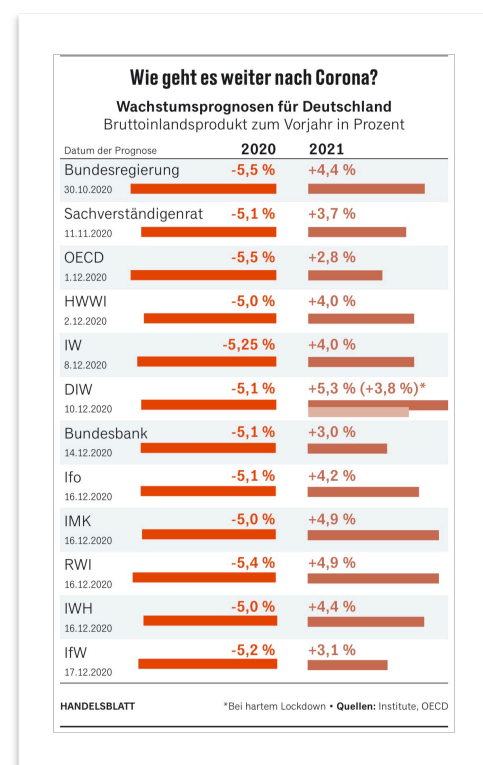
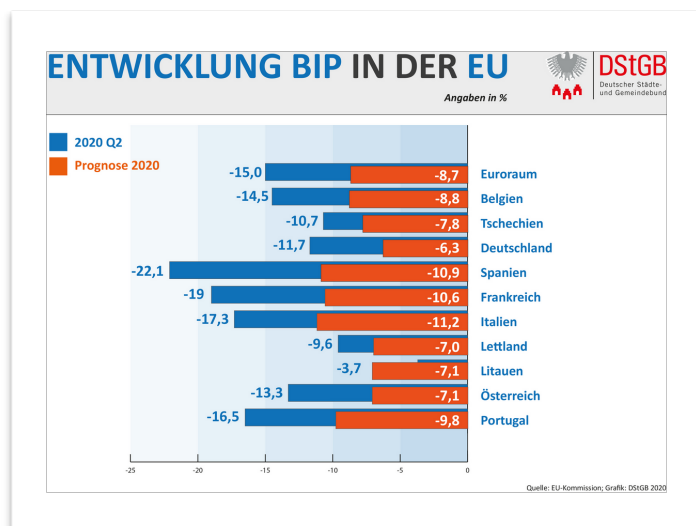
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

sehr geehrte Vertreter der lokalen Medien,

meine Damen und Herren,

eigentlich war alles gut. Deutschland und Europa haben seit der Wirtschafts- und Finanzkrise am Ende des ersten Jahrzehntes dieses Jahrhunderts einen **enormen wirtschaftlichen Aufschwung** erlebt. Anders als die Europäische Union insgesamt konnte unser Land seine wirtschaftliche Stärke schnell wiedergewinnen und auf einem **Kurs des langsamen, aber stetigen Wachstums** bleiben.



Nach einem Einbruch unseres nationalen Bruttoinlandsproduktes im **Jahr 2009** um 5,7% konnten bereits in den direkten Folgejahren die negativen Auswirkungen dieser **Rezession** wieder ausgeglichen werden. In den Jahren 2013 bis 2017 lagen die Wachstumsraten weiterhin noch über 2% pro Jahr und lediglich in den Jahren 2018 und 2019 machte sich ein schwächeres Wirtschaftswachstum bemerkbar.

Durch die **Pandemie** in diesem Jahr hat sich die wirtschaftliche Lage weltweit sehr stark eingetrübt. Die Prognosen für das gesamtdeutsche **Bruttoinlandsprodukt** gehen in 2020 von einem **Rückgang von bis zu 6,3%** aus, womit wir im europäischen Vergleich noch gut dabei sind. Allein im zweiten Quartal des gerade abgelaufenen Jahres belief sich die ökonomische Kontraktion auf eindrucksvolle 11,7%. Dank der sukzessiven Lockerungen im

vergangenen Frühjahr und Sommer konnten diese enormen wirtschaftlichen Schäden - auf das Gesamtjahr 2020 gerechnet - vermieden werden.

Für einen verlässlichen Ausblick auf die erhoffte wirtschaftliche Erholung im neuen Jahr ist es vermutlich noch zu früh. Dennoch lassen die Prognosen erwarten, dass bereits in diesem Jahr ein gutes Stück der Einbußen aus dem vergangenen Jahr wieder aufgeholt wird. Die Schätzungen gehen im besten Fall von einem Wachstum von bis zu 5,3% aus. Im schlechtesten Fall von unter 3%. In 2022 möglicherweise sogar weniger als 2%. **Das Erreichen des wirtschaftlichen Niveaus von vor der Pandemie wäre in einer pessimistischen Konstellation nicht vor 2023 möglich** und selbst dann fehlen noch drei Jahre Wirtschaftswachstum in unserem Land. Die neuerlichen Verlängerungen der harten Corona-Einschränkungen bis mindestens Ende Januar dieses Jahres werden auch hier noch ihre Spuren hinterlassen.

Trotz aller Herausforderungen, die das Jahr 2020 gebracht hat, konnten alle staatlichen Ebenen nicht nur ihre regulären Aufgaben erfüllen, sondern auch **im großen Umfang Hilfsprogramme und Unterstützungen für die Menschen in unserem Land** beschließen. Dies lag zum einen an den **insgesamt sehr solide aufgestellten öffentlichen Haushalten** und zum anderen aus der unmittelbar aus dieser Solidität resultierenden Möglichkeit, sich günstig mit Darlehen auf dem Kapitalmarkt zu versorgen.

Der **Leitzins in der Euro-Zone** entwickelte sich aufgrund der bewussten Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank schnell und deutlich nach unten und erreichte **bereits 2016 sein heutiges Niveau von 0%**. Parallel wurde der Einlagenzinssatz sogar in den negativen Bereich gesenkt. Beides diente dazu, den Banken Anreize zu schaffen. Auf der einen Seite, um ihre Bilanzen zu stabilisieren und auf der anderen Seite, um Unternehmen, Privat- und Staatshaushalte weiterhin mit ausreichend Liquidität versorgen zu können, um so wiederum das wirtschaftliche Wachstum zu stützen.

Darüber hinaus wurde durch die EZB<sup>1</sup> zur weiteren Lockerung der Geldpolitik der Kauf von Staatsanleihen der Länder der Euro-Zone beschlossen und ausgeführt. Dieses weitete die EZB im Dezember 2020 erneut aus, um insbesondere den Ländern des Mittelmeerraumes die erforderlichen Spielräume auf dem Kapitalmarkt zu geben. Aber **auch Deutschland profitiert davon** - das wollen wir nicht vergessen. Die EZB hat aus diesem Programm mittlerweile insgesamt **Staatsanleihen in der Größenordnung von mehr als 1,85 Billionen Euro** gekauft. Allein für das noch junge, neue Jahr sind davon Ankäufe von 500 Milliarden geplant, um die europäischen Staaten zu unterstützen.

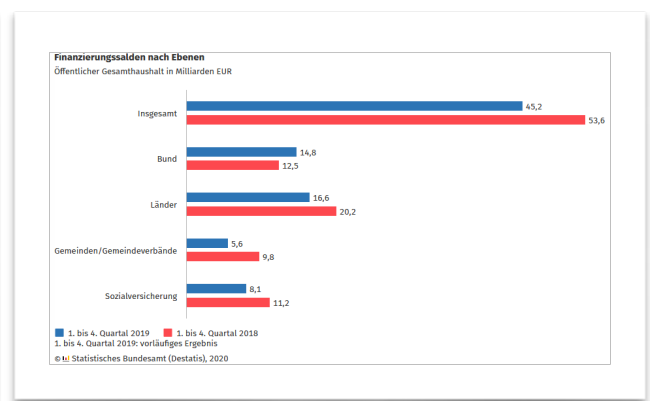
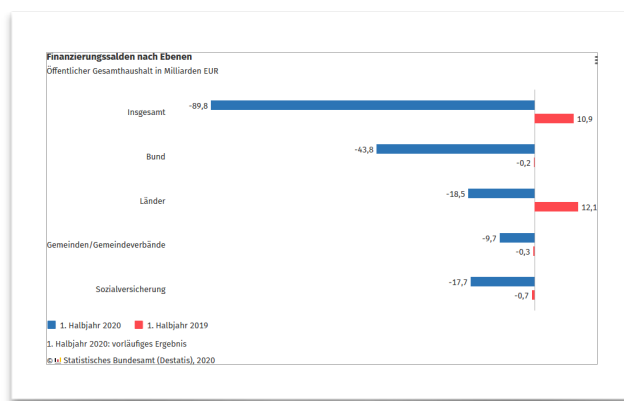
Allerdings bleibt damit auch das Risiko imminant, dass diese lockere Geldpolitik **mittel- und langfristig zunächst zu einer verdeckten und dann auch offenen Inflation** führen wird.

---

<sup>1</sup> Europäische Zentralbank

Die klassischen Sparer wissen bereits heute, wovon ich rede. Bundesbankpräsident Jens Weidmann wird zuletzt am 04. Januar dieses Jahres im Handelsblatt mit den warnenden Worten zitiert: „Die Politik hat ja in dieser Krise im Großen und Ganzen richtig gehandelt. Sie sollte sich nur nicht darauf verlassen, dass die Notenbanken die Zinsen für immer niedrig halten werden.“ **Wir sind also gewarnt.**

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen des nun doch geregelten Brexits, die Auswirkungen der neuen Administration in den USA und die Entwicklungen der Handelsbeziehungen der Europäischen Union zu China, das im übrigen bereits 2028 die USA als führende Wirtschaftsmacht ablösen wird<sup>2</sup>. Im Positiven gedacht lässt es für die handelsfreudige Exportnation Deutschland hoffen.

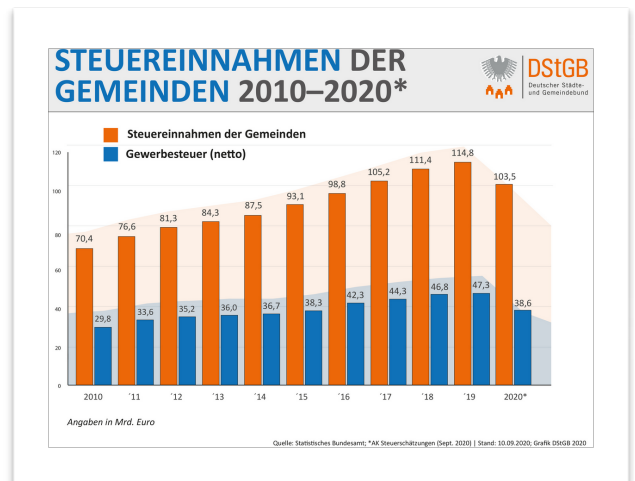
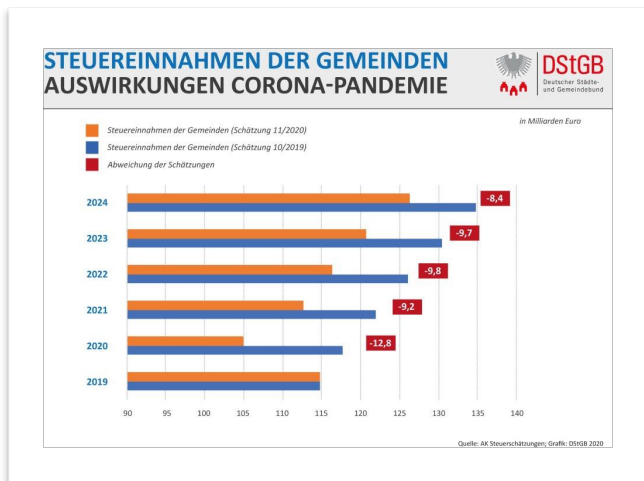


Meine Damen und Herren,

die **wirtschaftliche Basis der Städte und Gemeinden** war parallel zum längsten wirtschaftlichen Aufschwung seit dem 2. Weltkrieg ebenfalls stabil mitgewachsen. Das Jahr 2019 war das 6. Jahr mit einem **Finanzierungsüberschuss** in Folge. Insgesamt lag dieser bei 45,2 Milliarden Euro in 2019 für die öffentlichen Haushalte in Deutschland. Die Überschüsse der Gemeinden betragen hierbei alleine 5,6 Milliarden Euro. Bedauerlicherweise verteilen sich diese Überschüsse nicht gleichmäßig auf die Städte und Gemeinden. Leider eine Entwicklung, von der die Stadt Hamm seit Jahrzehnten strukturell nachteilig betroffen ist.

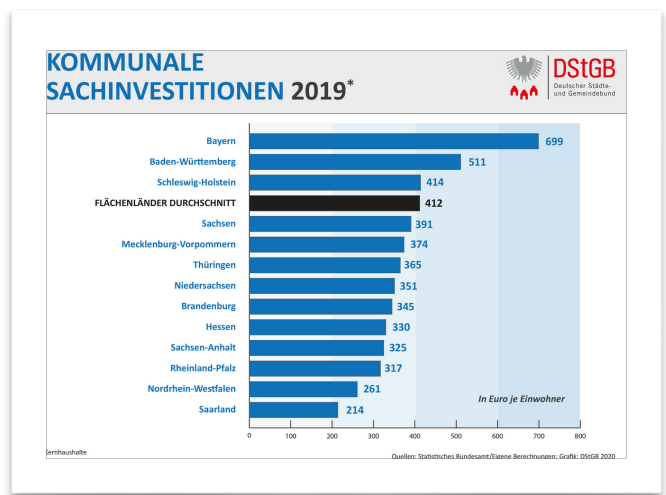
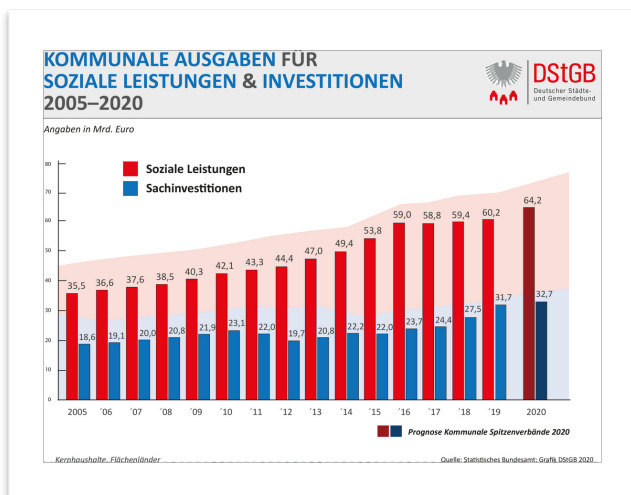
Im Jahr 2020 hat sich natürlich auch die insgesamt ausgesprochen positive finanzielle Entwicklung für die öffentlichen Haushalte umgekehrt. Insgesamt schließen die Kommunen in unserem Land das **1. Halbjahr 2020 mit einem Finanzierungsdefizit von 9,7 Milliarden Euro ab**. Ausgelöst durch das Herunterfahren wesentlicher wirtschaftlicher Aktivitäten im Frühjahr des vergangenen Jahres **reduzieren sich die Steuereinnahmen der Gemeinden in 2020 um voraussichtlich 12,8%**.

<sup>2</sup> Quelle: World Economic League Table 2021, 12. Edition, Centre of Economics and Business Research (CEBR)



Auch trotz der ab diesem Jahr unterstellten wieder positiven wirtschaftlichen Entwicklung wird es in den Folgejahren ebenfalls **hohe Steuerausfälle gegenüber den bisherigen Planungen geben, die sich zwischen 8,4% und 9,8% pro Jahr bewegen. Hamm koppelt sich davon leider nicht ab, wie wir gleich noch sehen werden.**

Den prozentualen Werten folgen natürlich die absoluten. Lag das Einnahmen-Niveau bei den Steuern für die Gemeinden in 2019 bei 114,8 Milliarden Euro und die Gewerbesteuer bei 47,3 Milliarden, wurde dieser stetige Zuwachs seit 2010 im Jahr 2020 abrupt beendet. So geht der Arbeitskreis Steuerschätzung davon aus, dass in 2020 lediglich 103,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen auf die Kommunen entfallen und nur 38,6 Milliarden Euro an Gewerbesteuer.

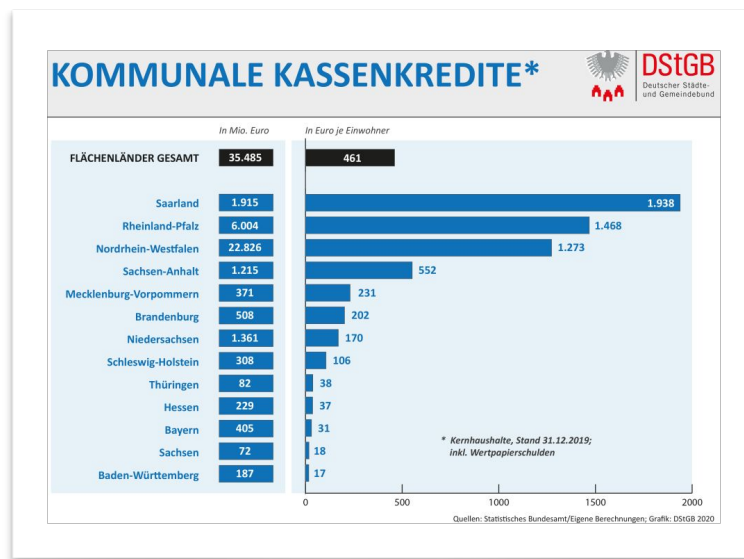


Eine schwächere Wirtschaftsleistung und ein Wegbrechen der Steuereinnahmen auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Ihnen schon bekannte Bild der **steigenden Aufwendungen für soziale Leistungen**. Auch oder gerade im Krisenjahr 2020 wurde diese Tendenz nicht invertiert, sondern nahm nach einer gleichbleibenden Entwicklung in den

Jahren 2016 bis 2019 wieder an Fahrt auf. Der Aufwandsblock stieg auf mehr als 64,2 Milliarden Euro.

Positiv - wenn auch auf einem nach wie vor zu niedrigen Niveau - ist sicherlich zu bewerten, dass die **Sachinvestitionen der Kommunen** in den vergangenen Jahren deutlich zulegen konnten. Dies gerade auch dank der verschiedenen **Investitionsprogramme** der Bundes- und Landesebene, wie beispielsweise der verschiedenen **Konjunkturpakete** oder auch des Programms „Gute Schule“ in NRW.

Allerdings darf auch hier nicht verkannt werden, dass die Sachinvestitionen kommunal sehr unterschiedlich verteilt sind. Liegt der Schnitt der kommunalen Investitionen bundesweit bei 412 Euro pro Einwohner, so beträgt er in NRW lediglich 261 Euro, was den zweitschlechtesten Wert darstellt und im deutlichen Unterschied zu den strukturstarken Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg steht. Hier liegen die entsprechenden Werte bei 699 Euro und 511 Euro pro Einwohner.




Der Grund dafür ist ein uns allen langjähriger Bekannter: **Die strukturelle Unterfinanzierung bestimmter Regionen** - gerade in NRW -, die seit Jahrzehnten enorme Kraftanstrengungen für den **Strukturwandel** unternehmen müssen und die - ebenfalls lange bekannt - **hohe Soziallasten** zu tragen haben.

Allein bei der Betrachtung der **Liquiditätskredite** wird das Problem deutlich. Insgesamt belaufen sich diese für die Städte und Gemeinden in Deutschland auf fast 35,5 Milliarden Euro und damit zwar deutlich unter ihrem Höchststand von über 40 Milliarden Euro. Allerdings ändert das nichts daran, dass nahezu 2/3 der Liquiditätskredite auf die Städte und Gemeinden in NRW entfallen, insgesamt fast 23 Milliarden Euro.

Der Zusammenhang zur Investitionskraft ist evident: Die Länder mit den niedrigsten Verschuldungen pro Einwohner sind ebenfalls die, die bei den Sachinvestitionen vorne liegen. Oder umgekehrt: **Ohne Geld investiert es sich schlecht.**

Diese Schere wäre im Jahr 2020 vermutlich noch weiter auseingegangen, wenn es nicht umfangreiche Stützungsmaßnahmen für die Kommunen durch den Bund und das Land gegeben hätte. Hervorzuheben ist hierbei sicher die teilweise Gewerbesteuererstattung, die einmalige Sonderhilfe aus dem Stärkungspakt in NRW und vor allem die dauerhafte Entlastung bei den Kosten der Unterkunft (KdU).

KONJUNKTURPAKET HILFEN FÜR KOMMUNEN		 DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund
FOKUS DER HILFE	INHALT	VOLUMEN <i>in Mrd. Euro</i>
Gewerbesteuer	Häufige Erstattung des Steuerrückgangs 2020	5,9
Hartz IV	Dauerhafte Erhöhung des Bundesanteils auf 75 %	Jährlich 4
KITA	Zusätzliche Mittel für Ausbau in 2020/2021	1
Digitalisierung	Unterstützung Umsetzung Online-Zugangs-Gesetz	2
Gesundheit	Personeller & technischer Ausbau der Gesundheitsämter	4
	Ausstattung Krankenhäuser	1
Investitionen	Bürokratieabbau bei Vergabe & Planung	–
	Senkung Eigenanteil bei Klimaschutzinitiative 2020/2021	0,1
	Erhöhung Fördermittel Bau von Sportstätten	0,15
ÖPNV	Zusätzliche Mittel für Nahverkehr	2,5

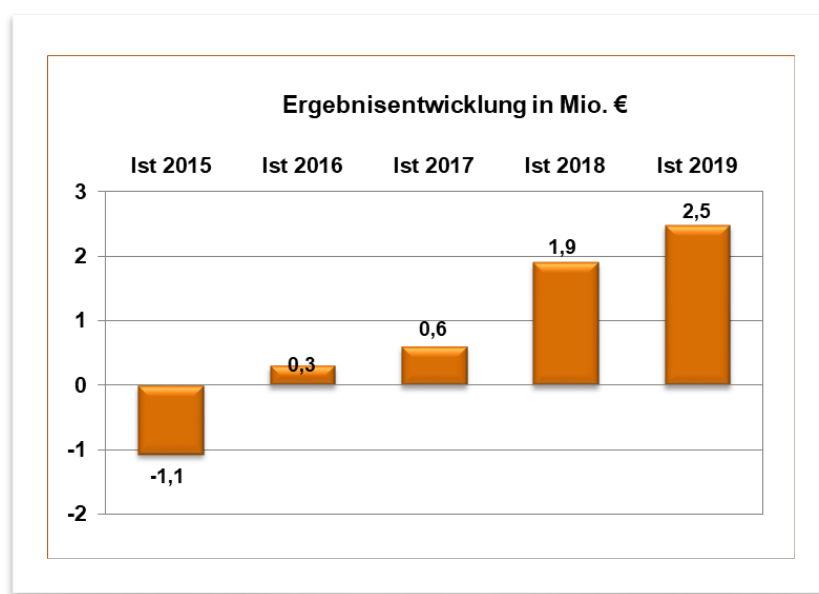
Quelle: Bertelsmann Stiftung; Grafik: DStGB 2020

Bislang gibt es von Bund und Land keine weiteren Initiativen für 2021 und die Folgejahre, um die finanziellen Ausfälle für die Städte erneut ganz oder teilweise zu kompensieren. Ein solcher Schritt wurde aber bereits von den kommunalen Spitzenverbänden richtigerweise angemahnt und ist zwingend geboten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit dem Jahr 2016 haben wir ausgeglichene Haushalte und im Jahr 2019 schlossen wir mit einem Plus von 2,5 Millionen Euro ab. Dies aber nur, weil wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Land und Stadt den eigenen Haushalt in fast einem Jahrzehnt wieder auf solide Beine gestellt haben. Neben den **163,4 Millionen Euro Landeshilfen<sup>3</sup>** aus dem Stärkungspakt, die wir bis einschließlich dem vergangenen Jahr erhalten haben, stemmen wir über 250 eigene Haushaltssanierungsmaßnahmen mit einem jährlichen Volumen von zuletzt über 40 Millionen Euro.



Erlauben Sie mir, dass ich es leider noch einmal kurz in Erinnerung rufen muss: Die Stadt Hamm ist seit 2011 **pflichtige Teilnehmerin an der Stufe 1 des Stärkungspaktes**. Damals wurden wir in diesen Kreis aufgenommen, da aufgrund der damaligen Planungen - direkt im Anschluss an die Wirtschafts- und Finanzkrise - befürchtet wurde, dass die Stadt Hamm in die Überschuldung abrutschen könnte. Heute wissen wir, dass es zum Glück anders gekommen ist.

Wir mussten den **Haushaltsausgleich erstmalig in 2016 mit Landeshilfen** erreichen. Seitdem, also **seit 2017 bis einschließlich 2020, mit degressiv abnehmenden Landeshilfen**. In 2021 müssen wir den Haushaltsausgleich erstmalig ohne Landeshilfen erreichen, trotz Corona.

Unsere unterjährige Haushaltssteuerung geht davon aus, dass wir **im Jahr 2020 nach 2016 und 2017, 2018 und 2019 bereits zum fünften Mal in Folge den Haushaltsausgleich** in

<sup>3</sup> 154,5 Millionen Euro reguläre Hilfe bis einschließlich 2020 zzgl. 8,9 Millionen Euro Sonderhilfen aus dem Stärkungspakt als Corona-Hilfe in 2020

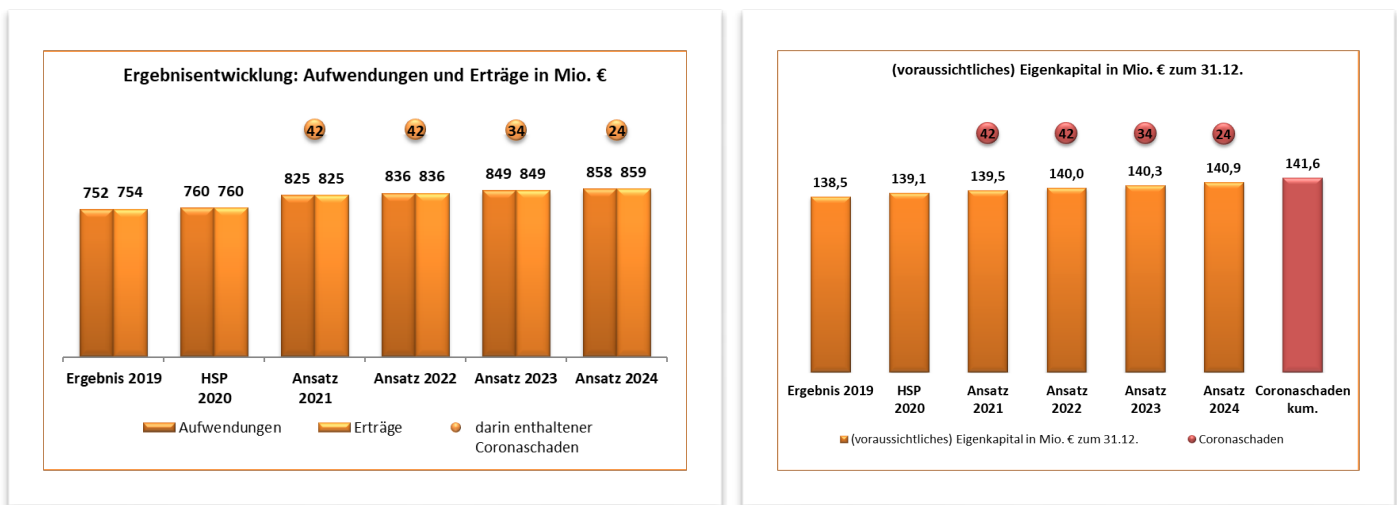


der Ergebnisrechnung erreichen. **In der Finanzrechnung gelingt uns das bereits seit dem Jahr 2012**, was sich im kontinuierlichen Schuldenabbau widerspiegelt.

Wir haben als Stadt ein vitales Interesse daran, auch in 2021 und den folgenden Jahren die Haushaltsausgleiche weiterhin zu erreichen. Zum einen vor dem Hintergrund der notwendigen Bonität an den Kapitalmärkten und dem evidenten Zinsänderungsrisiko. Zum anderen, um nicht Gefahr zu laufen, direkt nach dem Auslaufen des Stärkungspaktes wieder in die **Haushaltssicherung** nach der Gemeindeordnung zu fallen. Mit allen – uns sicherlich noch präsenten – Nachteilen bis hin zum **Nothaushaltsrecht**. Nur mit ausgeglichenen und genehmigten Haushalten werden wir dauerhaft unsere Leistungen erbringen und unsere Ziele erreichen können.

Die städtische **Bilanzsumme beläuft sich auf 1,5 Mrd. Euro<sup>4</sup>**. Die bilanzielle **Eigenkapital-Quote liegt auf einem niedrigen aber stabilen Niveau bei 9,2%, was 138,5 Mio. Euro<sup>5</sup> bedeutet**.

Eine Stabilität, die wir übrigens auf dem Kapitalmarkt merken. Bei Umschuldungen oder Neuaufnahmen von Darlehen bekommen wir in der Regel **günstigere Konditionen** als vergleichbare Städte mit einer schlechteren Haushaltsslage.



In diesem Jahr wird das **Volumen des Haushaltes in Aufwand und Ertrag bereits 825 Millionen Euro** betragen, das dann in den kommenden Jahren im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung weiter anwachsen wird. Der Trend der vergangenen Jahre ist damit ungebrochen: Wir nähern uns **Schritt für Schritt der Milliarden-Grenze pro Haushaltsjahr**.

<sup>4</sup> Stand: 31.12.2019

<sup>5</sup> Stand: 31.12.2019

Obwohl es so scheint, ist der Haushalt nach den regulären Rechnungslegungsregeln nicht ausgeglichen. Dass der formale Ausgleich des Ergebnisses trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie überhaupt möglich ist, liegt an der gesetzlichen Möglichkeit, die **Corona-Schäden über die sogenannte Bilanzierungshilfe zu isolieren**. Im Jahr 2021 sind das stolze 42 Millionen Euro, ebenso wie im Jahr 2022. In den Jahren 2023 und 2024 kann es einen leicht rückläufigen Trend auf Werte um 34 und 24 Millionen Euro geben.

Die wesentlichen Schäden aufgrund der Corona-Pandemie entstehen bei der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer, den erhöhten Zuschüssen für unsere Freizeitparks<sup>6</sup>, der HMH<sup>7</sup> sowie dem Kulturbereich und aufgrund der Ertragsausfälle bei den Kindertagesstätten und im offenen Ganztage. Ergänzt wird diese Liste durch den coronabedingten Mehraufwand, der im wesentlichen Schutzrüstung, Materialien und das Corona-Mobil betrifft. Die Kosten für das **Impfzentrum** werden durch das Land und den Bund zu 100% erstattet. Zumindest ist das so zugesagt.

In den kommenden Jahren werden wir gegenüber den bisherigen Vor-Corona-Planungen mit **deutlichen und vor allem dauerhaften Rückgängen bei den kommunalen Einkommensteueranteilen und den Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz** auskommen müssen. Alleine bei den Schlüsselzuweisungen liegt der neue Höchstwert in 2022 immer noch 19 Millionen Euro **unter** den bisherigen Planungen. Zusätzliche Finanzhilfen von Bund und Land wären daher dringend von Nöten.

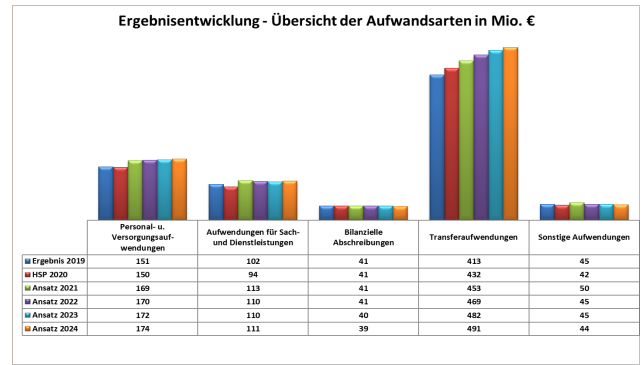
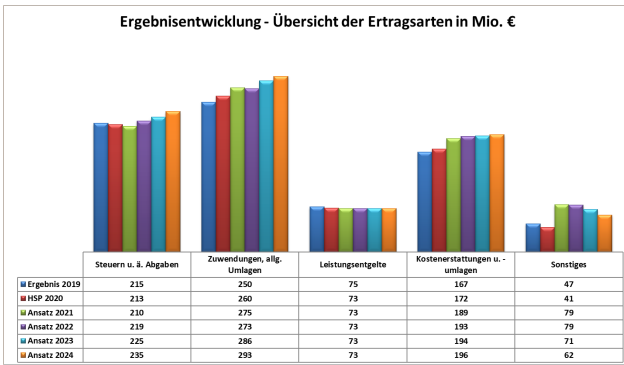
Aufgrund der formal ausgeglichenen Haushalte wird es voraussichtlich gelingen, das **städtische Eigenkapital auf seinem aktuellen Niveau halten** zu können. Möglich ist auch das nur durch die bilanzielle Isolierung des jährlichen Corona-Schadens, der die Belastungen in die Zukunft zu Lasten künftiger Generationen verschiebt.

Im Jahr 2025 wird es ein Wahlrecht geben, den kumulierten Corona-Schaden entweder über bis zu 50 Jahre ergebniswirksam abzuschreiben oder komplett oder anteilig gegen das Eigenkapital zu buchen. Die komplette Ausbuchung gegen das Eigenkapital würde nach heutigem Stand zu einer **Überschuldung der Stadt Hamm** führen - mit allen von anderen Städten bekannten Auswirkungen auf die Bonität und Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Daher gilt es, achtsam zu bleiben: **Die Isolierung der Schäden gibt uns heute die nötige Luft, wiegt uns aber mittelfristig in einer falschen Sicherheit.**

---

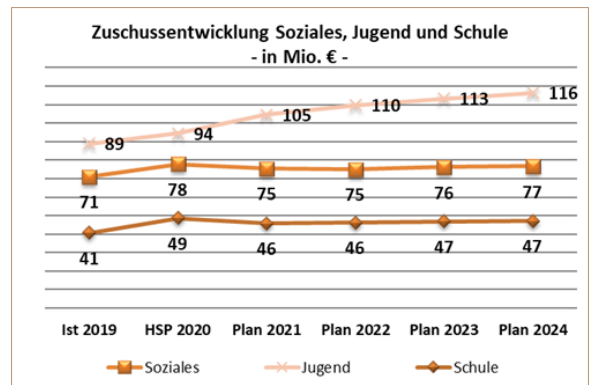
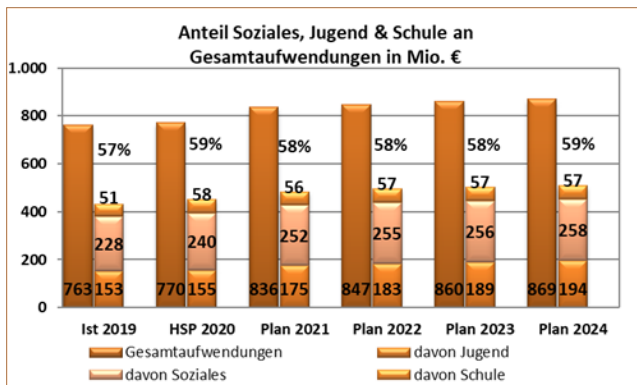
<sup>6</sup> hier Tierpark und Maxipark (inkl. Eishalle)

<sup>7</sup> Hallenmanagement Hamm GmbH



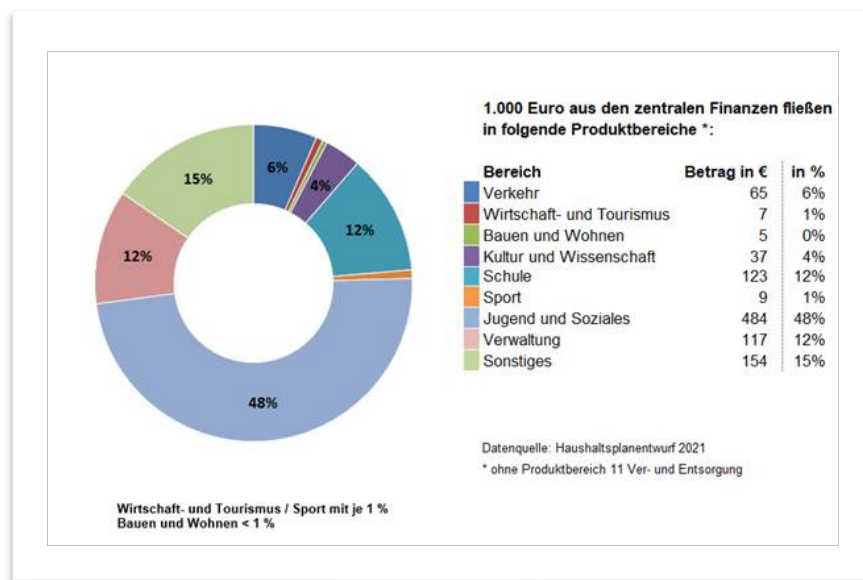
Bei den wesentlichen **Treibern auf der Aufwands- und Ertragsseite** im Etat lässt sich die „Delle“ bei den Steuern und ähnlichen Abgaben analog zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ablesen. Verbesserungen können dafür vor allem bei den Zuwendungen und Kostenerstattungen festgestellt werden. Diese sind im wesentlichen auf Förderprogramme wie die diversen Konjunkturprogramme und auf die erhöhten Erstattungen bei den Kosten der Unterkunft zurückzuführen. Insgesamt wichtige Steigerungen, die aber nur teilweise von struktureller und damit dauerhafter Natur sind.

Die Aufwendungen zeigen eine Steigerung bei den Personalaufwendungen, die in Teilen auf die erfolgten Tarif- und Besoldungserhöhungen zurückzuführen ist, allerdings auch auf zusätzliche Aufwendungen aufgrund der Pandemie. Deutlich steigen - ebenfalls analog zum bundesweiten Trend - die Transferaufwendungen in den kommenden Jahren von 432 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf 491 Millionen Euro im Jahr 2024. Der Transferaufwand steigt damit in 2021 auf 55% der gesamten Aufwendungen des Haushaltes und der Personalbereich auf 21%.



Wenn man die Bereiche Soziales, Jugend und Schule etwas genauer betrachtet, lässt sich erkennen, dass vor allem der Bereich Jugend sowohl hinsichtlich des Aufwandes als auch hinsichtlich des Zuschusses stark wächst. Zwischen 2019 und 2024 finden sich Steigerungen von 27 Millionen Euro. Hier schlägt der weitere Kita-Ausbau, aber auch die Entwicklung der Hilfen zur Erziehung finanziell zu Buche.

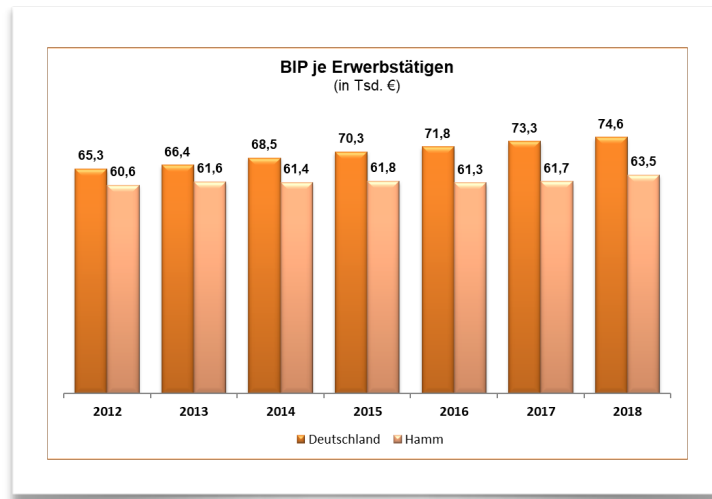
Die starken Steigerungen des Sozialbereiches konnten zunächst durch die KdU-Entlastung gestoppt werden und betragen im Planungszeitraum derzeit sechs Millionen Euro. Der Schulbereich ist aufgrund der Förderprogramme auf einem gestiegenen Level finanziell stabil. Insgesamt beanspruchen die drei Bereiche knapp 60% der Gesamtaufwendungen des Haushaltes für sich. 2019 betrug die Aufwendungen für die Bereiche Jugend, Soziales und Schule noch 432 Mio. €; 2024 sind dafür über eine halbe Milliarde Euro eingeplant.



Bei einem Blick auf die Produktebene bestätigt sich die Tendenz der vergangenen Jahre, dass der wesentliche Teil des städtischen Etats im Bereich Jugend und Soziales zu finden ist: Allein 48% von 1.000 Euro aus den zentralen Finanzen werden für Jugend und Soziales verwandt, gefolgt vom Schulbereich mit 12%. Die Ausgaben für Verkehrsprojekte, die Kultur und Wissenschaft, die Wirtschaft und den Tourismus sowie den Sport liegen dagegen jeweils teilweise deutlich im einstelligen Prozentbereich.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

die strukturellen **Probleme Hamms** sind seit Jahren und Jahrzehnten bekannt: Ein **stetiger Strukturwandel**, eine **nicht nachhaltige Finanzausstattung** seitens Bund und Land und eine nicht zuletzt auch aus dem Strukturwandel heraus entstehende **niedrige Wertschöpfung und Kaufkraft** in Hamm.



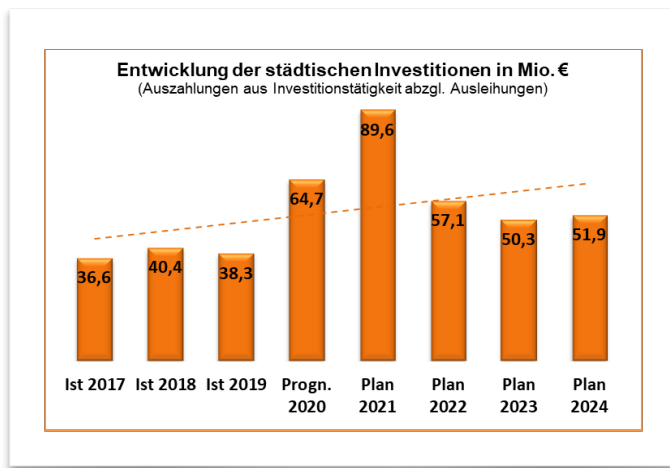
Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** in Hamm hinkt der bundesweiten Entwicklung leider hinterher. Diejenigen, die bereits die vergangene Haushaltseinbringung mitgemacht haben, erinnern sich vielleicht noch an meine Darstellung zur Entwicklung des BIP in Hamm im Vergleich zum Rest des Landes seit der Finanzkrise Ende der 2010er Jahre.

Dieser Trend lässt sich auch aus der regionalisierten Wertschöpfung je Erwerbstätigen ablesen. Lag dieser Wert im Jahr 2012 bei 65.300 Euro pro Erwerbstätigem deutschlandweit, lag er zeitgleich in Hamm nur bei 60.600 Euro. Bundesweit stieg der Wert bis 2018 kontinuierlich auf 74.600 Euro, was einer Steigerung von 14,2% entspricht. In Hamm entwickelt sich der Wert weniger kontinuierlich und landete im Vergleichsjahr bei 63.500 Euro, d. h. nur um 4,7% höher und immer noch niedriger als der Bundeswert 2012. **Wir wachsen weniger, langsamer und nicht kontinuierlich.**

Dem entgegenzuwirken ist allein auf kommunaler Ebene praktisch unmöglich. Neben der Tätigkeit unserer kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft stellen die **kommunalen Investitionen des Haushaltes eine der entscheidenden Möglichkeiten dar**, die direkt auf die lokale Entwicklung wirkt.

Eine sehr erfreuliche und notwendige Tendenz lässt sich daher bei den städtischen Investitionen feststellen. Dank verschiedener Förderprogramme konnte bis Mitte des nun abgelaufenen Jahrzehnts ein Investitionsniveau von ca. 30 Millionen Euro pro Jahr erreicht werden, welches ab den Jahren 2017 / 2018 nennenswert gesteigert werden konnte. In erster Linie - soviel Ehrlichkeit gehört dazu - durch die beginnenden milliardenschweren

Investitionsprogramme von Bund und Land. Im Jahr 2020 werden wir mit 64,7 Millionen Euro voraussichtlich das höchste Investitionsvolumen unserer jüngsten Geschichte erreicht haben. Ein Dank für die mühevollen, aber gewissenhaften Abwicklung dieser Summe geht an die vielen fleißigen Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb des Baubereichs.



Für den **Haushalt 2021** machen wir uns auf zu einem noch höheren Wert, der alleine in diesem Jahr **auf 89,6 Millionen Euro steigt**. Dies wird möglich durch die Anhebung des eigenen, städtischen Investitionsniveaus und den verschiedenen Förderprogrammen wie z. B. dem Digitalpakt, dem Programm „Gute Schule“ oder den Mitteln für den Erlebnisraum Lippeauen.

Hinzukommend steuern wir innerhalb des Investitionsbudgets Mittel um, die bisher für mögliche Projekte der Stadtentwicklungsgesellschaft reserviert waren. Insgesamt 2,5 Millionen Euro werden ab diesem Jahr davon zur Verfügung gestellt.

Ein wenig getrübt werden diese guten Zahlen leider dennoch. So stellen wir im Baubereich bereits seit einigen Jahren fest, dass das **niedrige Zinsniveau zu einer spürbaren Preissteigerung geführt hat**. Um ein Bauvolumen von 15 Millionen Euro aus dem Jahr 2015 zu halten, mussten 2020 bereits 17,5 Millionen eingesetzt werden. Das entspricht einer **Inflation von über 16%**. Seit 2010 liegt die Preissteigerung sogar bei deutlich mehr als 20%. **Mehr Geld zu haben heißt leider nicht immer auch tatsächlich mehr damit bewirken zu können.**

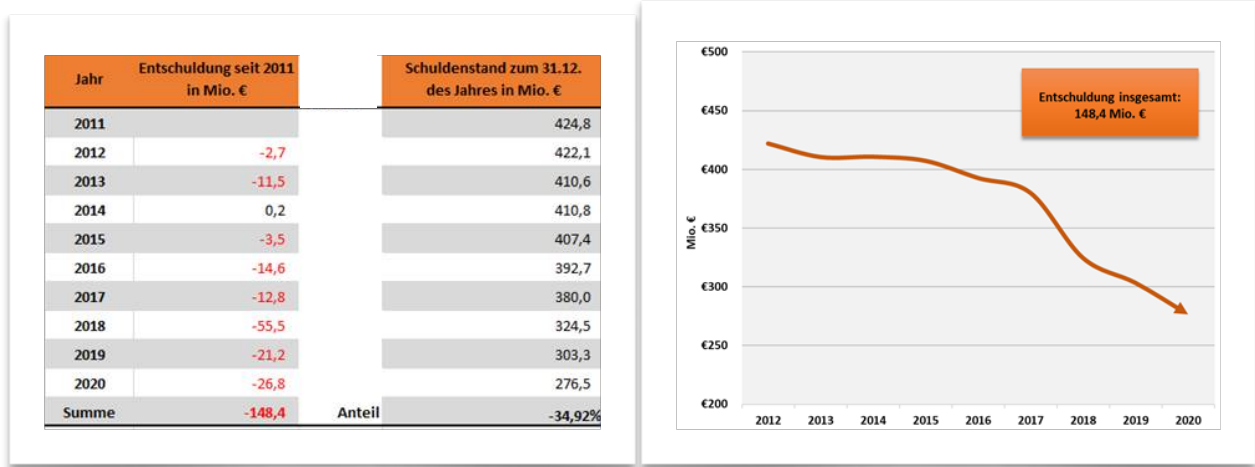
Meine Damen und Herren,

der guten Ordnung halber erwähne ich hier gerne, dass selbstverständlich auch noch **umfangreiche Investitionen bei unseren städtischen Gesellschaften** erfolgen. Ich denke beispielhaft an die stetige Erneuerung des Wohnungsbestandes der HGB, an die Sanierung

und Erweiterung der Versorgungsnetze unserer Stadtwerke, an die Bäder und den Nahverkehr oder auch die Investitionen in unser Kanalnetz, die der Lippeverband in unserem Auftrag leistet. Alles in allem noch einmal nennenswerte zweistellige Millionenbeträge, die zu den Investitionen des Haushaltes dazukommen und in die Zukunft unserer Stadt fließen. Insgesamt reden wir hier nochmal über mehr als 90 Millionen Euro alleine in 2021.

Meine Damen und Herren,

in den vergangenen, relativ guten Jahren haben wir unsere **städtischen Schulden deutlich reduzieren können**.



Vom Höchststand unserer Schulden<sup>8</sup> Ende 2011 mit mehr als 424 Millionen Euro haben wir Ende 2020 ein Niveau von 276 Millionen Euro erreicht und damit mehr als 148 Millionen Euro an Verbindlichkeiten abgebaut. Die städtische Schuld ist um mehr als 1/3 gesunken. Eine mehr als kleine Erfolgsgeschichte für unsere Stadt und eine gute Basis für die schwieriger werdenden Jahre, die vor uns liegen.

Denn in den kommenden Jahren wird sich dieser Trend der Entschuldung ändern. **Die Isolierung der Corona-Schäden hilft uns zwar bilanzseitig, aber nicht in der Liquidität.** Das Geld fehlt schlicht und ergreifend, da es entweder abfließt oder uns gar nicht erst zufließt. Die Verschuldung kann daher in der Größenordnung der auflaufenden Corona-Schäden wieder zunehmen.

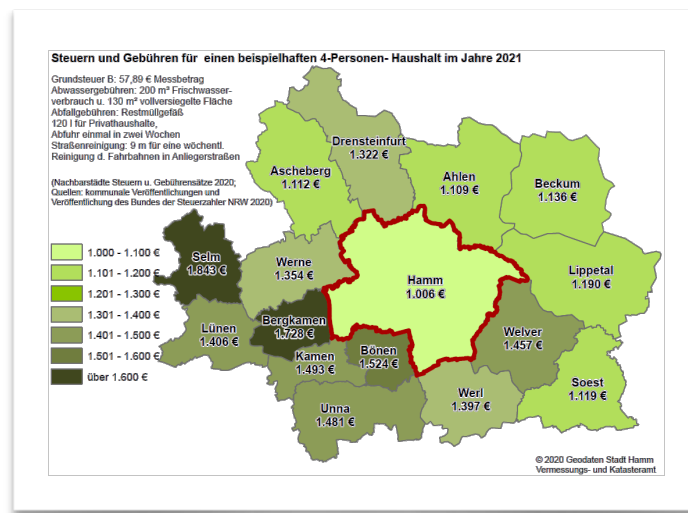
Insgesamt besteht damit erneut das Risiko, dass wir über eine zunehmende Verschuldung auch wieder eine **größere Abhängigkeit vom Zinsaufwand und von möglichen Zinsänderungsrisiken** erleben. Eine **bessere Finanzausstattung** der Kommunen durch

<sup>8</sup> zur jährlichen Vergleichbarkeit: Investitionskredite, Liquiditätskredite, Leasing technisches Rathaus, ohne Ausleihungen und fremdfinanzierte Förderprogramme (wie z. B. Gute Schule)

Land und Bund zur zeitnahen Rückführung der Kassenkredite oder die lange **versprochene Altschuldenregelung** wären heute mehr denn je angebrachte Schritte, falls das Zinsniveau in den kommenden Jahren ansteigt und uns kommunal in unseren Möglichkeiten wieder einschränkt.

Meine Damen und Herren,

zurück zu den schönen Dingen des Lebens: Unsere **kommunalen Steuern und Gebühren bleiben stabil.**



Die **letzte Erhöhung der Gewerbesteuer datiert aus dem Jahr 2010** und die **letzte der Grundsteuer B aus dem Jahr 2015.**

Im interkommunalen Vergleich bleibt Hamm auch weiterhin eine **steuergünstige und vor allem steuerverlässliche Stadt.**

Hier zahlen die Menschen insgesamt wenige Steuern und Gebühren und haben ein hohes Maß an Planungssicherheit. Die Preissteigerungen unserer Gebühren liegen deutlich unter den allgemeinen Preissteigerungen und entlasten damit die Bürgerinnen und Bürger.

Gerade auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten dieser Monate ist unsere interkommunal **niedrige zweite Miete ein Anker der Stabilität** für Mieter, Eigentümer und Unternehmer in der Stadt Hamm.



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,

„das bisschen Haushalt macht sich von allein“ sang Johanna von Koczian im Jahr 1977.

Auch, wenn sie damals sicherlich nicht den Haushalt der Stadt Hamm im Sinn hatte, so trifft die Aussage zweifelsohne auch auf uns **nicht** zu - im übrigen genauso wenig wie auf das reale Leben.



Wir haben uns bereits im Jahr 2019 Gedanken darüber gemacht, wie wir den **städtischen Haushalt in seiner Struktur und Systematik weiterentwickeln** könnten. Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, also der doppelten Buchführung, liegt mehr als 10 Jahre zurück. Diese Zeit haben wir genutzt, um Compliance Richtlinien und Risiko-Management-Systeme einzuführen, ein Tax-Risk-Management zu schaffen, die interne Kreditierung nach dem sogenannten Konzernprivileg zu ermöglichen, das Controlling qualitativ stetig weiterzuentwickeln, die Konzernsteuerung aufzuwerten und die Liquiditätssteuerung nahezu tagesgenau auszusteuern. Wir haben Ziele und Kennzahlen verknüpft und auch manche Schnittstelle zwischen den Kennzahlen des Haushaltes und der individuellen Zielvereinbarungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hergestellt. Aber wir waren auch der Auffassung, dass es ratsam ist, sich über die nächste Qualitätssteigerung bei der Aufbereitung der Haushaltsdaten Gedanken zu machen.

Gemeinsam mit dem **Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Münster** haben wir daher eine Projektarbeit durchgeführt, um die **Nachhaltigkeit des Haushaltes sowie seine Ziele und Maßnahmen auf eine umfassende Messbarkeit** hin zu überprüfen. In Anlehnung an die „**Sustainable Development Goals**“ der Vereinten Nationen haben wir den Aspekt der Nachhaltigkeit nicht nur auf das große Thema Umwelt- und Klimaschutz bezogen, sondern ausdrücklich auch auf die Ökonomie, die Finanzen, den Sozial-, Schul- und auch den Baubereich.

Im Februar des vergangenen Jahres haben wir uns intern auf den Weg gemacht. Unser Ziel ist es, in den kommenden Monaten in einem ersten Modellbereich des Haushaltes die Weiterentwicklung anzugehen und sie Ihnen dann entsprechend vorzustellen. Auf ihre Unterstützung als Rat setzen wir dabei.

Meine Damen und Herren,

diese Leistungen, Erfolge und Vorhaben bei der Haushaltsausführung in Hamm - insbesondere im schwierigen Jahr 2020 - sind ein Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der gesamten Verwaltung in allen Dezernaten. Hierzu danke ich stellvertretend meinen Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand - dem alten und dem neuen Oberbürgermeister - sehr herzlich.

Die Aufstellung dieses Haushaltes war eine große Herausforderung. Nicht, weil nicht jeder Haushalt seine Besonderheiten hätte, sondern weil wir durch die Corona-Krise wirtschaftliche, finanzielle und personelle Unsicherheiten erleben, die unmittelbar auf die Möglichkeiten des Haushaltes wirken.

Ganz gewiss wäre diese Arbeit ohne **mein Team** um Beate Möckel, Wolfgang Tönjann und Frank Schnieder in der städtischen Finanz- und Beteiligungsverwaltung nicht möglich. Dafür geht mein **herzlicher Dank an alle dortigen Kolleginnen und Kollegen!**

Wir schlagen Ihnen heute einen Etat vor, der in Aufwand und Ertrag so hoch ist wie niemals zuvor und der unter Zuhilfenahme der finanziellen Hilfen des Bundes bei der KdU und den Bilanzierungserleichterungen des Landes ausgeglichen werden kann. Ein Etat, der ein außerordentlich hohes Investitionsniveau vorsieht - insbesondere dank des Heraufsetzens der eigenen Investitionen auf 100% der ordentlichen Tilgung und der Umsteuerung von SEG-Mitteln. Der, wie in der Vergangenheit auch, mit niedrigen und interkommunal wettbewerbsfähigen Steuern und Gebühren keine zusätzlichen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen vorsieht.

Alles in allem, meine Damen und Herren, alle Probleme, Risiken aber auch künftige Chancen sehend, möchte ich uns daher mit den Worten des früheren Bundeskanzlers und

Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard Mut für die anstehenden Beratungen machen und zitiere:

„Wir haben uns doch ganz schön von Katastrophe zu Katastrophe heraufgerappelt.“

In diesem Sinne: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!